



Das Zoll-Urteil bringt der Schweiz wenig

*Nach Trumps Niederlage vor Gericht dämpfen
Bundesrat und Wirtschaftsvertreter die Erwartungen*

CHRISTINA NEUHAUS

Der Supreme Court hat Donald Trump am Freitag eine empfindliche Niederlage zugefügt. Mit sechs zu drei Stimmen erklärten die Richter jene Zölle für rechtswidrig, die der amerikanische Präsident seit Beginn seiner zweiten Amtszeit unter Berufung auf ein Notstandsgesetz verhängt hatte. Trump hat seine Kompetenzen überschritten. Alle Zusatzzölle seit dem 2. April sind illegal, womit die zentrale juristische Grundlage für die Strafzölle gegen Dutzende Länder wegfällt.

Für die Schweiz ist das eine gute Nachricht. Die betroffenen Unternehmen haben nun das Recht, das Geld, das sie zu viel bezahlt haben, zurückzufordern. Zudem hat das Urteil die Schweizer Verhandlungsposition grundsätzlich gestärkt. Die Schweiz befindet sich derzeit als fast einziges Land der Welt in laufenden Verhandlungen mit den USA. Bis Ende März soll ein Deal stehen.

Trump setzt auf andere Zölle

Aber es gibt einen Haken: Denn die US-Regierung hält weiterhin an ihrer harten Handelspolitik fest. Präsident Trump ist nach wie vor fest entschlossen, das amerikanische Handelsbilanzdefizit zu senken, mehr «Gegenseitigkeit» im Welt-handel durchzusetzen und Produktion zurück in die USA zu holen.

Neu will Trump für 150 Tage einen Zusatzzoll von 15 Prozent einführen. Er stützt sich dabei auf ein Handelsgesetz aus dem Jahr 1974, das ihm diesen temporären Maximalsatz erlaubt. Betroffene Unternehmer gehen davon aus, dass Trump die Zeit, die ihm nun für Importzuschläge bleibt, nutzt, um neue, längerfristige Zölle gegen Länder vorzubereiten.

Was das für die Schweiz bedeutet, ist laut dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) noch nicht ganz klar. Das Urteil des Supreme Court betrifft nur bestimmte Zusatzzölle – nämlich die sogenannte «reziproken» Zölle und die Strafzölle im Zusammenhang mit Fentanyl. Andere Zölle, darunter die sektoriellen, bleiben bestehen. Die US-Regierung betont zudem, dass ausgehandelte Handelsabkommen weiterhin respektiert werden sollen.

Das WBF geht deshalb davon aus, dass sich unter dem Strich für die Schweiz wenig ändert. Die Zollbelastung, schreibt es auf Anfrage, dürfte «insgesamt in einem vergleichbaren Rahmen bleiben». Selbstverständlich berücksichtige man die neuen Entwicklungen in den Verhandlungen mit den USA. Doch wie sich das Urteil konkret auswirke, lasse sich heute nicht beantworten. Etwas konkreter wird die Seco-Chefin Helene Budliger. In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» sagte sie: «Wir müssen uns mit den Zöllen abfinden.»

Die Reaktionen in der Schweiz fielen entsprechend zurückhaltend aus. Rahul Sahgal, der CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, hält die Ausgangslage für weiterhin herausfordernd. Formal könnte die amerikanische Verhandlungsposition zwar geschwächt sein, schreibt er in einer Analyse. Angesichts der Unsicherheit solle die Schweiz jedoch aktiv weiterverhandeln. Ohne Verständigung bestehe das Risiko höherer Zölle nach Ablauf der 150-Tage-Frist. Zugleich eröffneten Verhandlungen auch Chancen auf Verbesserungen in zentralen Bereichen.

Zu Zurückhaltung rät auch der Ex-

Diplomat Thomas Borer. Der einstige Leiter der Task-Force «Schweiz – Zweiter Weltkrieg», die den Raubgoldstreit beilegen sollte, sagt, dass der Bundesrat jetzt erst einmal abwarten solle, welche Massnahmen die Regierung Trump konkret ergreife. Voreilige Entscheidungen, «wie sie einige linke Politiker fordern», könnten kontraproduktiv sein, sagt er.

Tatsächlich reagierten Grüne und Sozialdemokraten triumphierend auf Trumps Niederlage. Die Grünen-Chefin Lisa Mazzone forderte am Freitagabend, die Schweiz müsse die Verhandlungen für einen Deal mit Trump nun sofort abbrechen. Der SP-Aussenpolitiker Fabian Molina rief nach einem «Marschhalt».

«Die Unsicherheit bleibt»

Besonnener äussern sich die Mitte und die FDP. Die FDP zeigt sich zwar erfreut darüber, dass der amerikanische Rechtsstaat intakt sei, weist aber darauf hin, dass keinesfalls sicher sei, dass die Zölle nun fielen: «Was, wenn Trump seine radikalen Zölle nun anders abstützen versucht? Die Unsicherheit bleibt.» Auch die Mitte befürchtet, dass die US-Regierung nun einfach einen anderen Weg finden wird, höhere Zölle zu verlangen.

Unbegründet sind diese Befürchtungen nicht. Donald Trump sagt bereits, die betroffenen Länder sollten sich nicht zu früh freuen. Konkret nannte er die Schweiz, die er zum wiederholten Male beschuldigte, ihren Reichtum auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler erwirtschaftet zu haben. Die Schweiz muss also aufpassen, dass Trump nicht noch einmal ein Exempel an ihr statuiert.

Trumps Zölle

Handelspolitik: Der US-Präsident wird sich nicht bändigen lassen. Seite 2

Supreme-Court-Urteil: Der Kongress hätte die Zölle bewilligen müssen. Seite 3

Folgen für die Schweiz: Der Bundesrat hält sich mit Aussagen zurück. Seite 3